

Nach dem Energiedialog Energie für Bayern: sicher – bezahlbar – sauber



ILSE AIGNER, MdL

Die Zukunft der Energieversorgung in Bayern und Deutschland ist eine Frage von enormer Bedeutung: für unsere Wirtschaft und für die Bevölkerung. Die Entscheidungen, die jetzt anstehen, betreffen Generationen - und sie berühren die Belange von Mensch und Natur.

Deshalb bin ich der Überzeugung, dass wir die Betroffenen in die Entscheidungen einbeziehen müssen – und habe das im Rahmen des soeben abgeschlossenen Energiedialogs auch getan. Wir haben uns drei Monate Zeit genommen und mit der Wirtschaft, Bürgerinitiativen, Verbänden und Experten diskutiert. Dabei haben wir Men-

schen zusammengebracht, die vorher nur übereinander gesprochen haben.

Der Energiedialog war ein Erfolg! Wir haben viele konkrete Ergebnisse erzielt und jetzt endlich eine Gesamtschau über die komplexen Fragestellungen der Energiewende. Wir haben Meinungen durch Fakten ersetzt und damit eine Entscheidungsgrundlage gelegt

Versorgungslücke

Ergebnis der Analyse: Wenn das letzte bayerische Kernkraftwerk vom Netz geht, haben wir eine Lücke von 5 Gigawatt bei der jederzeit verfügbaren gesicherten Leistung und von 40 Terrawattstunden bei der Strommenge. Diese Lücke können wir ohne konventionelle Kraftwerke nicht schließen. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen wird sich aber kein Investor finden, der ein neues Gaskraftwerk in Betrieb nimmt. Schon jetzt stehen konventionelle Kraftwerke immer wieder still, wenn Sonnen- und Windstrom ins Netz drängen.

Daher muss die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit auch das Vorhalten von Leistung wirtschaftlich möglich ist. Das ist auch kein Abschieben von Verantwortung, sondern das einzig mögliche Verfahren. Die Kompetenzen für das Strommarktdesign liegen schlicht und ergreifend beim Bund. Außerdem sind die zusätzlichen Gaskraftwerke im Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur bereits eingeplant. Mich verwundert es daher,

dass dies jetzt in Berlin als neue Forderung aus Bayern wahrgenommen wird.

Diese Entscheidungen können wir aber nicht mehr ewig vor uns her schieben. Vor allem die bayerische Wirtschaft pocht zu Recht auf eine zeitnahe und zuverlässige Entscheidung. Eine kostengünstige und sichere Energieversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor, den wir nicht grundlos aufs Spiel setzen können.

Stromtrassen: 2-X

Der Energiedialog war nicht allein als Trassendialog angelegt. Trotzdem wurde die Frage, wie viele Trassen wir für die Versorgung Bayerns brauchen, intensiv diskutiert. Die endgültige Entscheidung zu den Stromtrassen hängt von den oben genannten Voraussetzungen ab, die nur der Bund treffen kann. Erst wenn klar ist, wieviel Zubau an gesicherter Leistung wir in Bayern realisieren können, kann diese Frage entschieden werden.

Im Energiedialog sind wir aber mehrheitlich zu der Überzeugung gekommen, dass zwei Trassen für die Versorgung Bayerns nicht nötig sind, obwohl man uns das bisher weismachen wollte. Vor dem Bau neuer Leitungen ist erst einmal zu prüfen, welche Spielräume für die Ertüchtigung der Netze noch bestehen. Mir geht es dabei um die Versorgungssicherheit in Bayern. Der Export von überschüssigem Windstrom spielt bei unseren Überlegungen hingegen keine Rolle. >> Seite 2



„Wenn jemand ab dem Tag der Urteilsverkündung die derzeitigen Verschonungsregelungen exzessiv ausnutzt, dann gilt kein Vertrauensschutz.“
(BVerfG, Urteil vom 17.12.2014)

In diesem Fall kann der Gesetzgeber rückwirkend die Verschonungsregelungen für bestimmte Konstellationen versagen. Bis zum 30.06.2016 gilt das

aktuelle Erbrecht und Unternehmer haben die Möglichkeit, die Nachfolge nach geltendem Recht steuerschonend und rechtssicher zu regeln. Die Beratung der Kanzlei STEINPICHLER konzentriert sich auf das Recht der **Unternehmensnachfolge**. Wir beraten Sie gerne mit unserem Expertenteam!

STEINPICHLER
RECHTSANWÄLTE PARTNERSCHAFT
STEINPICHLER Rechtsanwälte
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Ottostraße 8 – Palais am Lenbachplatz
80333 München | Tel.: 089 / 212 68 52-0
info@steinpichler.de | www.steinpichler.de

von Seite 1 >> Die Formel lautet daher 2-X. Wir werden in Bayern nur so viele Leitungen bauen, wie tatsächlich notwendig sind. Dort, wo tatsächlich ein Neubau von zusätzlichen Trassen notwendig ist, werden wir das so verträglich für Mensch und Natur gestalten wie möglich. Die Erdverkabelung ist längst nicht so teuer wie bisher behauptet und die Masten müssen auch nicht zwingend 70-80 Meter hoch sein. „Monstertrassen“ die unsere Heimat verschandeln, wird es in Bayern nicht geben.

Energieeffizienz

Einen wesentlichen Beitrag zur gesicherten Leistung kann die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) liefern. Diese hocheffiziente Technologie ist energiewirtschaftlich sinnvoll, weil man mit ihr gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen und nutzen kann, und das dezentral und flexibel. So kann ein Wirkungsgrad von bis zu 90% erreicht werden. Das trägt auch dazu bei unsere Energieversorgung klimafreundlicher zu gestalten.

Momentan lohnen sich aber weder Betrieb noch Ausbau. Es fehlen die notwendigen Anreize. Ihre Wirtschaftlichkeit muss deshalb wieder hergestellt werden. Dafür werde ich mich bei der anstehenden Novelle des KWK-Gesetzes einsetzen. Außerdem wollen wir den Ausbau der KWK gezielt fördern.

Die erste Stufe des 10.000-Häuser-Programms, das „EnergieSystemHaus“ zielt auf die energetische Modernisierung von Bestandsbauten (Ein- und Zweifamilienhäuser) sowie energieeffiziente Neubauten. Während die Wirtschaft schon aus eigenem Interesse in effizientere Technologien investiert, müssen im Privaten zusätzliche Anreize gesetzt werden. Das 10.000-Häuser-Programm tut genau das. Es erleichtert privaten Haushalten das Energiesparen, unterstützt die Eigenversorgung und verhilft innovativen Technologien zur Systemintegration zum Durchbruch. In einer zweiten Stufe soll das Programm auf größere Einheiten, etwa Straßenzüge oder Gemeinden, ausgeweitet werden.

Wir fördern damit intelligente Lösungen im Kleinen, die in der Summe einen großen Beitrag für die Versorgungssicherheit und

die Systemstabilität leisten können. Das Förderprogramm trägt zum intelligenten Zusammenspiel von Wärme und Strom, Speichern, Lastmanagement und Netzen bei, damit möglichst viel der erzeugten Energie vor Ort genutzt werden kann.

Erneuerbare Energien

Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima hat sich die Bayerische Staatsregierung ganz bewusst für die Energiewende entschieden. Bayern ist in vielen Bereichen ein Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu stehen wir. Die vergangenen vier Jahre haben aber auch gezeigt, dass ein einfaches „Weiter so!“ nicht die Lösung sein kann.

Das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) war richtig und wichtig um den Erneuerbaren eine Starthilfe zu leisten. Im Jahr 2013 haben die Erneuerbaren 31,6 TWh zu Stromerzeugung in Bayern beigetragen. Mittlerweile sehen wir aber, dass die gesamtgesellschaftlichen Kosten dieser Förderung, also die EEG-Umlage, zunehmen zu einer finanziellen Belastung werden. Gleichzeitig ist der Beitrag, den die erneuerbaren Energien zur Systemstabilität leisten, gering. Ganz im Gegenteil, der massive Zubau, insbesondere von volatilen Sonnen- und Windstrom, stellt eine enorme Herausforderung für die Stabilität der Netze dar.

Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien muss sich daher an zwei Faktoren messen lassen: Zum einen muss der Zubau marktorientiert erfolgen und zum anderen gilt es die Integrierbarkeit in das Gesamtsystem zu berücksichtigen. Mit der EEG-Novelle im vergangenen Jahr sind die ersten Schritte in Richtung Markt- und Systemintegration unternommen worden. Der schrittweise Systemwechsel hin zu Ausschreibungen und Direktvermarktung sind hierfür nur zwei Beispiele.

Trotzdem müssen wir das EEG immer wieder auf den Prüfstand stellen. Ich werde mich in Berlin auch weiterhin dafür einsetzen, dass die staatliche Förderung sich hier stärker danach richtet, ob Erzeuger sicher oder zumindest bedarfsgerecht einspeisen

können. Hier kommt auch die Digitalisierung ins Spiel. Die digitale Vernetzung von Erzeugern und Verbrauchern ist eine wesentliche Voraussetzung für intelligente Netze („smart grids“) und flexibles Lastenmanagement.

Speichertechnologien

Mit einem zunehmenden Anteil an erneuerbaren Energien steigt auch der Bedarf an Speichertechnologien. Speicher sind notwendig, um die Erzeugungsspitzen aufzunehmen und zeitversetzt wieder zur Verfügung zu stellen. Sie sind aber auch für Systemdienstleistungen, etwa Regelenergie und Systemstabilität, von zentraler Bedeutung. In Zukunft müssen diese Potenziale noch stärker genutzt werden.

Die Einspeisung erneuerbarer Energien muss daher mit effizienten Speichertechnologien ergänzt werden. Dafür ist eine technologieneutrale wettbewerbliche Speicheroffensive zur Erforschung effizienter Stromspeicher ebenso notwendig wie verbesserte regulatorische Rahmenbedingungen. Die Bayerische Staatsregierung fördert bereits heute Forschungsvorhaben in diesem Bereich mit über 50 Millionen Euro.

Bayerns Energiezukunft

Beim Energiedialog haben wir drei Monate intensiv und teilweise kontrovers diskutiert. Jetzt liegen die Handlungsoptionen auf dem Tisch. Wir setzen in Bayern weiterhin stark auf dezentrale Lösungen und auf Fortschritte bei der Effizienz. Wir müssen noch sparsamer und noch effizienter mit Energie umgehen.

Wir setzen auf die bessere Integration und höhere Systemfähigkeit der erneuerbaren Energien. Und wir setzen auf neue Gaskraftwerke für die Versorgungssicherheit.



ILSE AIGNER, MDL
Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Impressum:

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 19.02.2015, **Gesamtproduktion, Anzeigen:** ddmedia Medien- und Marketingdienstleistungen, www.ddmedia.info

Anzeigen im
KOMPASS
bringen
Kontakte!

Die Mediadaten (PDF-Dokument) für Ihre Anzeigenschaltung/en laden Sie einfach im Internet herunter. Geben Sie: <https://db.tt/NQF3siON> in Ihren Browser ein und starten Sie den Download!



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

dieses Editorial steht noch ganz unter dem Eindruck einer Bildungsreise, die mich in den ersten beiden Februarwochen nach Südafrika geführt hat – von Johannesburg über den Krüger Nationalpark nach Kapstadt bis hinunter zum Kap der Guten Hoffnung, dem südwestlichsten Punkt des Kontinents. Die Reise hat das Bild bestätigt, das man nach dem Besuch unserer Afrika-Veranstaltungen in den letzten Jahren gewinnen konnte: Es lohnt sich, die Entwicklung in diesem Erdteil sehr viel differenzierter zu betrachten, als wir dies aufgrund von Negativnachrichten über Bürgerkriege in einigen Ländern, Boko Haram oder Ebola etc. gewohnt sind. Gerade Südafrika ist ein Beispiel dafür, dass es neben gewaltigen ungelösten sozialen Problemen, wie sie etwa in den Bretterbuden-Townships am Rande aller Städte mit Händen zu greifen sind, viele positive Ansätze gibt. Das Land ist zwar nicht mehr der größte Goldproduzent der Welt, ist und bleibt aber reich an Rohstoffen. Es gibt eine industrielle Basis, zu der viele deutsche Firmen beigetragen haben. Der Tourismus ist dank der landschaftlichen Schönheit des Landes und dank vieler Sehenswürdigkeiten im Aufschwung. Nicht

zuletzt kann es der Weinbau mit seinen hugenottischen Wurzeln im 17. Jahrhundert mit vielen anderen Weinregionen auf dem Globus aufnehmen. Vor allem der Aufenthalt in der Kapprovins hat bei mir persönlich vorsichtige Hoffnungen geweckt, dass das Land bei allen Herausforderungen – etwa in der Stromversorgung – seinen Weg in die Zukunft findet.

Europa liegt vom Kap der Guten Hoffnung aus gesehen peripher. Entsprechend spärlich waren die Nachrichten über Ereignisse auf dem alten Kontinent. Aber natürlich hat der Poker der neuen griechischen Links-Rechts-Regierung in Brüssel, weitere Finanzhilfen von den EU-Partnern über den 28. Februar hinaus unkontingiert zu erhalten, auch in den Schlagzeilen der südafrikanischen Presse gestanden. Mit Ministerpräsident Tsipras und Finanzminister Varoufakis sind Elefanten im politischen und ökonomischen Porzellanladen an die Macht in Athen gelangt. Den griechischen Wählern vor den Wahlen am 23. Januar unter völliger Verdrehung der Ursachen der griechischen Schuldenkrise das Blaue vom Himmel zu versprechen und anschließend von den Partnern die Einlösung dieser Versprechen zu verlangen, zeugt von mehr als Chuzpe. Alle anderen Krisenstaaten haben akzeptiert, dass sie Hilfen nur erwarten können, wenn sie die Krisenursachen beseitigen, also die notwendigen schmerzhaften Reformen durchführen – die Iren, die Portugiesen, selbst die Zyprioten. Nur die neue griechische Regierung hält dies für eine Zumutung und glaubt auch noch, in die helfende Hand beißen zu müssen. Niemand von uns hätte etwas dagegen, wenn die von der linken Syriza geführte Regierung mit aller Kraft etwa gegen die Klientelpolitik der Vorgängerregierungen vorginge, wenn sie mehr Steuergerechtigkeit herstellen und die Steuerverwaltung

beschleunigt auf Vordermann bringen würde. Für die Rückkehr zu ungedeckten sozialen Wohltaten gilt dies ganz sicher nicht. Weder sich selbst noch Europa tut Griechenland mit dieser Politik einen Gefallen. Es bleibt zu hoffen, dass Athen sich am Ende doch noch eines Besseren besinnt.

Es ist ohnehin mehr als bedauerlich, dass dieser absolut kontraproduktive Streit mehr politische Kraft in der EU bindet, als uns lieb sein kann. Die anhaltend kritische Lage in der Ostukraine verlangt eigentlich, alle Aufmerksamkeit auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Gemeinschaft zu richten.

Positiv stellt sich wenigstens die Wirtschaftslage in Deutschland dar. Die leichte Delle im Sommer ist ausgebügelt. Das Wachstum hat im letzten Quartal wieder deutlich an Fahrt aufgenommen. Das lässt auch für 2015 hoffen. Der Aufschwung muss freilich abgesichert werden, allen voran durch überzeugende Weichenstellungen in der Energiepolitik. Der breit und tief angelegte „Energiedialog Bayern“ ist Anfang Februar zu Ende gegangen. Mit beachtlichem Erkenntnisgewinn; siehe den Leitartikel von Frau Staatsministerin Aigner auf S.1. Einige Schlüsselthemen, die den Bau von Höchstspannungstrassen und von Gaskraftwerken in Bayern betreffen, müssen in den kommenden Monaten im Bund verhandelt werden. Für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Bayern ist und bleibt dabei unabdingbar: Wir brauchen auch nach dem Abschalten des letzten Kernkraftwerks Isar 2 Ende 2022 eine absolut sichere Stromversorgung und wettbewerbsfähige Strompreise.

Herzlichst
Ihr **Jürgen Hofmann**



**Kaffeemaschinen
Kaffeeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten**



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



**Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390**



PROF. WOLFRAM WINTER

Ausschuss Medienpolitik – Alpenblicke

100 Tage im Amt bedeuten traditionell eine erste Zwischenbilanz. Wir blicken in die Zukunft. Im November 2014 hat die Generalversammlung des Wirtschaftsbeirats Bayern mich zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses Medienpolitik gewählt. Das entgegengebrachte Vertrauen ehrt mich. Zusammen mit meinen Stellvertretern Michael Beer, Maximilian Schöberl und Eckart Wruck ist es das Ziel, das inhaltliche Niveau des Ausschusses Medienpolitik meines Vorgängers Dr. Peter Thelen auch in Zukunft aufrechtzuhalten, dem ich an dieser Stelle gerne danken möchte für seinen jahrelangen Einsatz! Wir sehen vielversprechende Chancen für einige Neuerungen bei den Veranstaltungen des Ausschusses Medienpolitik, um auch neue Zielgruppen zu erreichen und anzusprechen.

Im Fokus steht die Etablierung eines Dialogformats mit dem Markennamen „Alpenblicke“, um traditionelle und neue Sichtweisen auf die Medienpolitik und -Wirtschaft zu subsumieren. Sky Deutschland hat 2014 zusammen mit den Partnern Hanns-Seidel-Stiftung und Evangelische Akademie Tutzing zwei Veranstaltungen unter dem Namen „Alpenblicke“ durchgeführt mit jeweils medienpolitischen Themen. Die Veranstaltungen des Ausschusses Medienpolitik haben den gleichen Fokus. Eine Zusammenführung der beiden Foren und damit eine klare Markenbildung mit medienpolitischem Fokus auf Bayern erscheint erfolversprechend.

Zu Beginn der „Alpenblicke“ wird der Gast vorgestellt. In einem prägnanten Impulsvortrag legt dieser die thematischen Leitplanken des Abends. Kern der „Alpenblicke“ ist der Dialog zwischen dem Gast und mir, wobei das Publikum die Möglichkeit hat an diesem Dialog aktiv teilzuhaben. Die „Alpenblicke“ werden den Gästen zudem die Möglichkeit bieten, Einblicke in die Unternehmenszentrale von Sky Deutschland zu

Zeigen, was man hat

Zukunft einer Bayerischen Medienpolitik

erhalten sowie weitere Veranstaltungsorte auch außerhalb des Hotels Bayerischer Hof aufzunehmen.

Medienpolitik ist Standortpolitik

Das Bestreben der Bayerischen Staatsregierung, dass Bayern in der Medienpolitik zu alter Stärke zurück finden soll, ist in dem Wettbewerbsverhältnis zwischen Berlin, Köln und München das richtige Bekenntnis.

Die Stärken des Medienstandorts Bayern werden deutlich durch die Münchner Adressen der weltweit operierenden Unternehmen. Sie bieten allesamt bestes Umfeld für hochqualifizierte Mitarbeiter und nutzen die hohe Lebensqualität Münchens und seines Einzugsgebiet, um Talente aus aller Welt an die Landeshauptstadt und den Freistaat zu binden.

Von den Stimmen, die die Suche nach einem neuen Zentrum der Medienbranche in Bayern forcieren wollen, ist Abstand ratsam. Dieses Zentrum gibt es bereits. Es heißt Unterföhring. Unterföhring ist das Zentrum der Medien-Metropolregion München.

Als frisch vereidigte „Medienministerin“ Bayerns formuliert es Staatsministerin Ilse Aigner in ihrer Rede auf den Medientagen 2013 treffend: „In Netzwerken zu denken muss Merkmal künftiger Medienpolitik sein.“ Der Medienpark Unterföhring bietet bereits das beste Netzwerk an relevanten Medienhäusern auf einem Fleck. Welcher Standort könnte attraktiver sein für die Ansiedlung von Hochschulen, Start-Ups, Forschung und Entwicklung mit Fokus Medien als der Medienpark Unterföhring? Etwas Optimierungsbedarf gibt es.

MEAfuture – Für unser Bayerisches Silicon-Valley

Mit der von Sky Deutschland ins Leben gerufenen Initiative „MEAfuture“ gestalten die Unternehmen ASTRA Deutschland, Kabel Deutschland, ProSiebenSat.1, KMS und Sky Deutschland gemeinsam mit der Gemeinde Unterföhring den Standort. Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit ist das Ziel. Unternehmensübergreifende und standortbezogene Themen stehen im Mittelpunkt. Übergeordnetes Ziel von Wirtschaft und Politik muss der Ausbau des Medienstandortes Unterföhring insbesondere und von Bayern allgemein sein.

Die Unternehmen wachsen. Aktuell sind im Medienpark Unterföhring knapp 20.000 Menschen beschäftigt. Diese Zahl wird nicht sinken. Was aber bereits heute fehlt sind neben einer Anpassung der Verkehrs-

infrastruktur und des ÖPNV Anpassungen bei den medizinischen Einrichtungen, Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, Hotels, Sportstätten, Lounge- und Veranstaltungsflächen, Hochschulen, Start-Ups etc.

Die Vision von „MEAfuture“ ist, dass der Medienpark Unterföhring sein Image als Industriegebiet ablegt und sich zu einem bunten Medienstandort mit hohem Identifikationsgrad für Pendler und Anwohner entwickelt. Unterföhring hat das Potenzial, einen bayerischen „Google Campus“ oder ein „Silicon Valley Unterföhring“ zu erschaffen und ist bereits jetzt ein Standort von internationalem Format mit hohem Innovationscharakter. Mit den entscheidenden Vertretern aus der Politik stehen die Initiatoren dazu bereits in engem Austausch. Die „Alpenblicke“ werden sich auch als Forum für diese Diskussion anbieten.

Ausschuss Medienpolitik – Ausblick 2015

Im April 2015 findet die Auftaktveranstaltung des Ausschusses Medienpolitik statt. Zugesagt hat Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber zum Thema „Shitstorm Rundfunkbeitrag – Die Zukunft des Öffentlich-Rechtliche Rundfunks“. Staatsminister Huber ist Chef der Bayerischen Staatskanzlei und damit Wächter über den Rundfunkstaatsvertrag. Gesprächsstoff gibt es reichlich, gerade in den letzten Wochen gab es praktisch wöchentlich neue Ereignisse welche den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk in den Fokus setzten.

Frau Staatsministerin Ilse Aigner hat für Juni 2015 eine Einladung erhalten. Kurz vor der Sommerpause würden wir uns freuen über den Besuch der Medien-Staatsministerin zum Thema „Zurück zu alter Stärke - Neue Medienpolitik in Bayern“.

Mit dem neuen Format „Alpenblicke“ soll eine Diskussionsatmosphäre gefördert werden, die den Meinungsbildungsprozess unserer Gäste intensiviert. Wünschenswert ist eine intensive intellektuelle Auseinandersetzung mit den genannten und weiteren Themen durch unmittelbaren Diskurs zwischen unseren Dialogpartnern und Ihnen als Gästen. Kurzum: Wir überwinden die „vierte Wand“ im Dialog zwischen Medien, Politik und Wirtschaft. Darauf freuen wir uns.

PROF. WOLFRAM WINTER

Executive Vice President Communications & Public Affairs, Sky Deutschland und Vorsitzender Ausschuss Medienpolitik, Wirtschaftsbeirat Bayern

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

22. Januar – Ausschuss für Finanzmarkt- politik:

Die europäische Bankenunion bedeutet eine „neue Welt“ der Aufsicht über die Kreditinstitute mit weitreichenden Folgen für den Finanzsektor und seine Kunden in der produzierenden Wirtschaft. Wenige Wochen nach dem Beginn der Bankenunion am 4. November 2014 hatte Prof. Dr. Franz Christoph Zeitler das Thema auf die Tagesordnung des Finanzmärkteausschusses gesetzt. Raimund Röseler, Exekutivdirektor Bankenaufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin, sprach über „Deutsche Aufseher in europäischen und internationalen Gremien“ und stellte sich anschließend einer intensiven Diskussion.



v.r.n.l. (Foto GG) Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Raimund Röseler, GS Dr. Jürgen Hofmann

28. Januar – Bezirk Jurakreis:

Betriebsbesichtigung des Unternehmens FIT AG (Fruth Innovative Technologien) in Lupburg bei Parsberg unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Gerd Ortner. Die FIT AG ist ein hoch innovatives Unternehmen, spezialisiert auf Lösungen im Bereich der additiven Fertigung. Gründer und heutiger Vorstandsvorsitzender Dipl.-Ing. Carl Fruth ließ es sich nicht nehmen, die Gruppe persönlich durch sein Unternehmen zu führen.



2.v.l. Carl Fruth, 2.v.r. Gerd Ortner

29. Januar – Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik:

Die enormen Umwälzungen auf den Energiemärkten stellen auch die kommunalen

Energieversorger vor gravierende Herausforderungen. Die Gewinnmargen im Energiegeschäft sinken. Ausschussvorsitzender Armin Geiß widmete diesem Thema eine eigene Veranstaltung „Energiewende – Chance oder Existenzgefährdung kommunaler Unternehmen?“. Er konnte dafür Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Präsident des Deutschen Städte-tags, und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH, als Referenten gewinnen.



v.l.n.r. (Foto GG) Dr. Florian Bieberbach, Dr. Ulrich Maly, Armin Geiß

19. Februar – Arbeitskreis Ordnungspolitik

„Ökostromförderung – Grenzüberschreitung der Wirtschafts- und Sozialverfassung des Grundgesetzes?“ Die künftige Entwicklung der Ökostromförderung und damit der verschiedenen Förder- und Steuerungsmechanismen hat nicht nur eine umwelt-, industrie- und verbraucherpolitische Dimension. Vielmehr werden auch verfassungsrechtliche Grenzen in dem Maße erreicht bzw. überschritten, in dem das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom Starthelfer zum Regiepult großer Teile des Wirtschaftssystems wird. Unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Jürgen F. Kammer referierte dazu Professor Dr. Martin Burgi, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Umwelt- und Sozialrecht an der LMU München.



v.l.n.r. (Foto GG) Dr. Jürgen F. Kammer, Prof. Dr. Martin Burgi, GS Dr. Jürgen Hofmann

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder:

- Kerstin Janke, München
- Rösler Vermögensverwaltung GmbH, Peter Rösler, Hergensweiler
- Privates Institut für Investitionsmanagement GmbH, Brigitta Martin, München
- Harald Gollwitzer GmbH, Harald Gollwitzer, Floß
- Daniel Seidl, Ziertheim
- Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
- Hagen Ludwig, München
- Katinka Ackermann, Equitalent International, Tutzing
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Burg-hausen mbH, Anton Steinberger, Burg-hausen
- Oberbayerisches Volksblatt GmbH & Co. Medienhaus KG, Oliver Döser, Rosenheim
- Mobil in Deutschland e.V., Michael Haberland, München
- Franz Maximilian Schmid-Preissler, Äthiopisches Honorarkonsulat, München
- Holger C. Metzger, Henfling Holzindustrie, Bolzhausen
- WinterWotsch Rechtsanwälte PartmbB, Dr. jur. Andrea Winter, München



Wir entwickeln, gestalten und produzieren Broschüren, Kataloge, Kunden- und Mitarbeiterzeitungen, Magazine, Grafik-design, Marketingkampagnen ... Wir sind flexibel, schnell und kreativ, ohne dass Sie auf Ihre gewohnte Qualität verzichten müssen. Gedruckt wird natürlich in Bayern! Nutzen Sie unsere Erfahrung, Professionalität und Kosteneffizienz. Kurz gesagt: Wir MACHEN!

ddmedia.

Medien- und Marketingdienstleistungen

Eine Marke der Weltbuch Verlag GmbH
Enderstraße 59 (im SEC) | 01277 Dresden
Tel.: 0351 4794244 | Fax: 0351 4794245
mail@ddmedia.info | www.ddmedia.info

Terminvorschau

12. März, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Highspeed Internet und mehr – Bayerns Zukunft als Unternehmensstandort aktiv gestalten“

16. März, München

Ausschuss für Tourismus: „Chancen und Risiken durch den steigenden Gästeteil aus anderen Kulturkreisen“

17. März, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, „Chancen und Herausforderungen der Energiewende am Beispiel Wasserkraft“

17. März, München

Bezirk München: Münchner Wirtschaftstag mit Impulsreferaten von Josef Schmid, Zweiter Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München; Felix Hasse, Partner von PWC München und Leiter des Kompetenzbereichs „Digitales und Smart City“; anschließend Podiumsdiskussion mit den Referenten und Prof. Wolfram Winter, Executive Vice President Sky Deutschland AG, Dr. Günther Bauer, Vorstand Innere Mission München; Moderation: Peter Althammer, „Soll der Standort München in der Championsleague spielen? Was wäre dafür zu tun? Wie kann die Skepsis gegenüber Veränderungen aufgelöst werden? Wodurch lässt sich Aufbruchstimmung erzeugen?“

18. März, München

Bezirk München: Staatsministerin Emilia Müller, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration; Prof. Dr. Markus Schmitz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit; Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, „Qualifikation von anerkannten Flüchtlingen und gesteuerte qualifizierte Zuwanderung – Chance und Notwendigkeit“

20. März, Hof/Saale

Bezirk Hochfranken/Fichtelgebirge: Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, „Überblick Deutsche Bahn AG und Investition in die Zukunft“

23. März, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL, Bayerischer Staatsminister der Justiz; Joachim Vetter, Vizepräsident Landesarbeitsgericht Nürnberg; Dieter Eser, Vorstandsmitglied der Handwerkskammer Unterfranken, „Mindestlohn – Erfahrungen und Perspektive“

24. März, Augsburg

Junger Wirtschaftsbeirat: Vera Schneevogt, Geschäftsführung Deutschland, Leitung int. Produktgeschäft und Werksleitung Augsburg; Rupert Lehner, Geschäftsführung Deutschland und Leitung Vertrieb Deutschland; „Digitale Souveränität und Security“

25. März, München

Bezirk München: LtdMR Hans-Jürgen Dunkl, Stellvertretender Abteilungsleiter für Familie und Jugend, Bildung und Erziehung, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration; David Siekaczek, Geschäftsführer sira munich GmbH; Ludwig Adam, Geschäftsführer petaFuel GmbH; Oliver Simon, Head of Learning and Development UniCredit Bank AG; „Fachkräftesicherung durch betriebliche Kinderbetreuung“

25. März, Regensburg

Bezirk Regensburg: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Wie wir zukunftsfähig bleiben“

26. März, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Dr. Rudolf Staudigl, Vorstandsvorsitzender Wacker Chemie AG, „Die Rolle der Chemieindustrie für eine nachhaltige Entwicklung in der Welt“

26. März, München

Bezirk Ingolstadt: Prof. Dr. Key Pousttchi, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universitäten Potsdam und Augsburg, „Wie Smartphones und Big Data die Realwirtschaft verändern werden – strategische Implikationen der Digitalisierung für Deutschland und Europa“

13. April, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Dipl.-Ing. Helmut Brunner, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten „Agrarwirtschaft in der Dauerkritik – Was kann die Landespolitik leisten, mehr Verständnis für moderne Landwirtschaft in der Gesellschaft zu erreichen?“

15. April, München

Junger Wirtschaftsbeirat: Werkstattbesuch im Bayerischen Landtag

21. April, Unterföhring

Ausschuss für Medienpolitik: „Alpenblicke 2015“ mit Impulsvortrag von Dr. Marcel Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben, MdL; anschließend Gespräch zwischen Staatsminister Dr. Huber und Prof. Wolfram Winter, Vorsitzender des Ausschusses Medienpolitik im Wirtschaftsbeirat Bayern, „Shitstorm Rundfunkbeitrag – Die Zukunft des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks“

23.-24. April, Banz

Ausschuss für Mittelstandspolitik: 25. Bayerisch-Sächsische Wirtschaftstage

u.a. mit Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates; Markus Blume, MdL, Leiter der Grundsatzkommission der CSU; Florian Seitner, Cyber Allianz Centrum Bayern, „Mittelstand im Digitalen Aufbruch“

28. April, Hausham

Bezirk Oberland: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

29. April, Memmingen

Bezirk Memmingen: Henry Schubert, Dipl.-Wirtschaftsjapanologe (FH), Führungslehrer und Trainer, „Kampfkunst und Management“

11. Mai, München

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Dr. Carsten Linnemann, MdB

13. Mai, Weiden

Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: 2. Nordoberpfälzer Wirtschaftstag mit Dr. Georg Haber, Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern; Prof. Dr. Erich Bauer, Präsident der Ostbayerisch Technischen Hochschule Amberg-Weiden; Albert Rupprecht, MdB, „Wirtschaft und Bildung“

19. Juni, Fraueninsel

Bezirk Berchtesgadener Land: Frauenwörter Gespräche mit Manfred Weber, MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

29. Juni, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Prof. Dr. Günter Neubauer, Direktor des Institut für Gesundheitsökonomik, „Die Demografie als Herausforderung für unser Gesundheitswesen“

16. Juli, Passau

Bezirk Passau, Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke

22. Juli, Rothenburg o.d.T.

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken: Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern und EKD Ratspräsident

27. Juli, Fürth

Bayerischer Wirtschaftstag

15.-16. Oktober, Berlin

Bezirk Memmingen: Delegationsreise nach Berlin

17. November, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Stefan Müller, MdB Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

23. November, München

Generalversammlung